

„Die Mitbestimmung wird beerdigt“

Personalräte und Gewerkschafter laufen Sturm gegen Landespersonalvertretungsgesetz

SOEST • Personalräte und Gewerkschafter des öffentlichen Dienstes sind landesweit sauer über das neue Landespersonalvertretungsgesetz, in dem die Mitbestimmung in den Amtsstuben geregelt wird. In Soest liefen die Personalräte aber besonders Sturm, schließlich sollen hier bis zu 700 Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst abgebaut werden, sagte Heinz Rittermeier, Bezirkschef des DGB.

Was die Vertreter bedrückt: Ihre Meinung nach werde mit dem neuen Gesetz die Mitbestimmung weitgehend abgebaut und beerdigt. Es gebe nur noch wenige Dinge im Berufsleben, bei denen das Votum der Mitarbeitervertretungen Pflicht sei. Die früher so gut funktionierende Mitbestimmung werde zur bloßen Mitwirkung degradiert. Dienststellenleiter könnten in vielen Fällen einseitig jetzt selber entscheiden, wenn es dem Staatswohl diene. „Guts-herrenart, Freibrief für die Willkür der Leiter und Abbau der Demokratie in den Amtsstuben“, ist das für Hildegard Thor, die den Personalrat im



Personalräte und Gewerkschafter hadern mit dem Landespersonalvertretungsgesetz (v.l.): Siegfried Pfenniger (Polizei-gewerkschaft), Gerd Stodollick (Verdi), Heinz Rittermeier (DGB), Gabi Bittis (BLW), Hildegard Thor (Versorgungsamt), Wolfgang Schlenke (Verdi) und Christian Rennemeier (Personalrat Lippstadt). • Foto: Dahm

Versorgungsamt leitet. Die Kritik der Personalvertreter setzt an vielen Stellen an. Was sie für ganz unausgegoren halten: Bis zu 12 000 Stellen in verschiedenen Behörden, die bereits einen kw-Vermerk (kann wegfallen) tragen, sollen in den landesweiten Stellenpool, das Personal Einsatz Management (PEM), überführt werden. „Die Polizei Soest soll fünf

Stellen dafür abgeben, später aber Kräfte aus PEM erhalten, um die Personalengpässe überbrücken zu können“, berichtet Siegfried Pfenniger, Chef der hiesigen Polizeigewerkschaft. Dabei sei es Ziel des PEM, alle 12 000 Stellen restlos abzubauen.

Das neue Gesetz falle weit hinter Betriebsverfassungsgesetz zurück. Das wolle man nicht hinnehmen. • kf

„Die Mitbestimmung wird beerdigt“

Personalräte und Gewerkschafter laufen Sturm gegen Landespersonalvertretungsgesetz Gewerkschaften wollen gegen Demokratieabbau und Willkür der Chefs angehen

SOEST • Personalräte und Gewerkschafter des öffentlichen Dienstes sind landesweit sauer über das neue Landespersonalvertretungsgesetz, in dem die Mitbestimmung in den Amtsstuben geregelt wird. In Soest liefen die Personalräte aber besonders Sturm, schließlich sollen hier bis zu 700 Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst abgebaut werden, sagte gestern Heinz Rittermeier, Bezirkschef des DGB.

Was die Vertreter bedrückt: Ihre Meinung nach werde mit dem neuen Gesetz die Mitbestimmung weitgehend abgebaut und beerdigt. Es gebe nur noch wenige Dinge im Berufsleben, bei denen das Votum der Mitarbeitervertretungen Pflicht sei. Die früher so gut funktionierende Mitbe-



Personalräte und Gewerkschafter hadern mit dem Landespersonalvertretungsgesetz (v.l.): Siegfried Pfenniger (Polizei-gewerkschaft), Gerd Stodollick (Verdi), Heinz Rittermeier (DGB), Gabi Bittis (BLW), Hildegard Thor (Versorgungsamt), Wolfgang Schlenke (Verdi) und Christian Rennemeier (Personalrat Lippstadt). • Foto: Dahm

stimmung werde zur bloßen Mitwirkung degradiert. Dienststellenleiter könnten in vielen Fällen einseitig jetzt selber entscheiden, wenn es dem Staatswohl diene. „Guts-

herrenart, Freibrief für die Willkür der Leiter und Abbau der Demokratie in den Amtsstuben“, ist das für Hildegard Thor, die den Personalrat im Versorgungsamt leitet.

Die Kritik der Personalvertreter setzt an vielen Stellen an. Was sie für ganz unausgegoren halten: Bis zu 12 000 Stellen in verschiedenen Behörden, die bereits einen kw-Vermerk (kann wegfallen) tragen, sollen in den landesweiten Stellenpool, das Personal Einsatz Management (PEM), überführt werden.

„Die Polizei Soest soll fünf Stellen dafür abgeben, später aber Kräfte aus PEM erhalten, um die Personalengpässe überbrücken zu können“, berichtet Siegfried Pfenniger, Chef der hiesigen Polizeigewerkschaft. Dabei sei es Ziel des PEM, alle 12 000 Stellen restlos abzubauen.

Das neue Gesetz falle weit hinter Betriebsverfassungsgesetz zurück. Das wolle man nicht hinnehmen. • kf



Protest: die Arbeitnehmervertreter (sitzend von links) Siegfried Pfenninger (GdP), Heinz Rittermeier (DGB), Hildegard Thor (Versorgungsamt), Gerhard Stodolick (Verdi) sowie (stehend von links) Christian Rennemeier (Stadt Lippstadt), Gabi Bittis (Bau- und Liegenschaftsbetrieb) und Wolfgang Schlenke (Verdi).
Foto: Thorsten Bottin

Gewerkschaften protestieren gegen Personalvertretungsgesetz

KREIS SOEST. (thb)

Die Vorwürfe klingen hart. Von „Willkür“, „Gutsherrenart“ und dem Ende des „Demokratischen Miteinanders“ reden die heimischen Gewerkschaften. Sie halten von den Plänen der Landesregierung zur Änderung des Landespersonalvertretungsgesetzes (LPVG) nicht viel.

Seite an Seite wollen sich der DGB, die Gewerkschaft der Polizei (GdP) und Verdi gegen die Einschränkung der Mitbestimmung zur Wehr setzen. Das betonen jetzt Vertreter der Organisationen.

„Es ist Dampf da“, beschreibt Siegfried Pfenninger von der GdP die Stimmung unter den Beschäftigten in den Landesbehörden. Dazu gehört in Soest beispielsweise

die Kreispolizeibehörde. Aber auch das Versorgungsamt und das Amt für Agrarordnung sind betroffen, über deren Zukunft noch nicht endgültig entschieden ist. In dieser Situation löst die befürchtete Einschränkung der Mitbestimmung zusätzliche Ängste in den Belegschaften aus.

Wie Heinz Rittermeier vom DGB Südöstliches Westfalen erklärt, verlieren die Personalvertretungen mit dem neuen LPVG Mitbestimmungsrechte bei Kündigungen und Versetzungen. Dienstvereinbarungen könnten von den Dienststellenleitern einseitig gekündigt werden. Damit würden auch Privatisierungen von Behörden erleichtert. „Bei den Beschäftigten wächst die Angst, dass ihre Interessen nicht mehr wahrgenommen werden können“, erklärt Siegfried Pfenninger. „Die Demo-

kratie hört dann vor dem Eingang der Landesbehörden auf.“

Einen Teilerfolg haben die Gewerkschaften bereits erreicht. Dank der Unterstützung des Arbeitnehmerflügels der CDU ist der Protest in der Landesregierung angekommen. „Die sind überrascht über den Widerstand“, sagt Hildegard Thor, die im Personalrat des Soester Versorgungsamtes aktiv ist. Nun wollen die Gewerkschaften auch die heimischen Landtagsabgeordneten mobilisieren, um dem LPVG bis zur Verabschiedung zumindest die schlimmsten Schärpen zu nehmen. Siegfried Pfenninger ist guter Hoffnung: „Viele Politiker sind in dem Thema gar nicht drin. Wenn sie von den Einzelheiten des neuen LPVG erfahren, sagen sie meistens: Das wollen wir auch nicht.“